

«Wir müssen aus dieser Situation herausfinden»

Andrea Schenker-Wicki (65) ist seit neun Jahren Rektorin der Universität Basel – und sieht sich erneut finanziellen Engpässen von Bund und Kantonen gegenüber. Jetzt ist die Lage allerdings alarmierend: Der Uni brechen die Gelder an mehreren Pfeilern gleichzeitig weg. Ein Leistungsabbau kommt für sie aber nicht in Frage.

Interview: **Andreas Schwald und Hans-Martin Jermann**

Frau Schenker-Wicki, wie geht es Ihnen dieser Tage?

Andrea Schenker-Wicki: Wir haben in der Tat keine einfache Zeit hinter uns, aber es geht mir gut. Derzeit ist es relativ ruhig an der Universität Basel, auch wenn uns die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und im Nahen Osten alle sehr beschäftigen. Immerhin haben wir die Corona-Pandemie gut überstanden, das trägt zur Ruhe bei.

Bald wird der Jahresbericht 2023 publiziert. Vor einem Jahr stand Ihr Editorial im Zeichen des Pandemie-Endes. Was wird in Ihrem aktuellen Editorial stehen?

Wir dürfen da natürlich nicht zu viel verraten. Aber grob gesagt: Die Universität Basel steht gut da, auch wenn die Finanzen eine Herausforderung sind. Das gilt nicht nur für uns, sondern auch für andere Universitäten.

Aus dem Baselbiet wird angesichts der Finanzlage wieder die Forderung laut, den Univertrag zu kündigen oder die Beiträge zu senken. Was wären die Konsequenzen?

Eines vorweg: Wir haben grossen Respekt vor der finanziellen Lage, der sich das Baselbiet gegenübersteht. Da wir aber paritätisch finanziert sind, wären die Konsequenzen von sehr grosser Tragweite. Ginge das Baselbiet fünf bis zehn Prozent zurück, dann müsste Basel-Stadt mitziehen. Insgesamt würde somit eine allfällige Reduktion von fünf bis zehn Prozent des einen Kantons zu einer Reduktion um diesen Prozentsatz von beiden Kantonen führen. Das wäre absolut einschneidend.

Aber die Uni erhält ja auch Mittel des Bundes.

Das ist korrekt. Und auch von den anderen Kantonen, die Studierende zu uns schicken. Nun gibt aber auch der Bund im Bildungsbereich eine halbe Milliarde Franken weniger aus als angekündigt. Das bedeutet, dass sämtliche zehn Universitäten der Schweiz – die Eidgenössischen Technischen Hochschulen ausgenommen – in den kommenden vier Jahren insgesamt lediglich 17,4 Millionen Franken zusätzlich erhalten. Die Inflation, von der wir nicht wissen, wie

stark sie noch zu Buche schlagen wird, kommt da noch obendrauf. Effektiv wird dies also zu einer Kürzung der Bundesbeiträge führen.

Aus Bern gibt es also gerade nicht viel Hilfe ...

... und die anderen Kantone, die uns Studierende schicken und dafür Beiträge bezahlen, haben ihre Tarife massiv gekürzt. Somit fällt auch hier ein zweistelliger Millionenbetrag weg. Wir haben also nicht nur die Herausforderung, dass das Baselbiet in finanziellen Schwierigkeiten steckt, sondern auch der Bund lagert Gelder um und die anderen Kantone zahlen weniger für ihre Studierenden. Das führt zu einem massiven Einbruch auf der Ertragsseite.

Sie erleben die Debatte um die Baselbieter Beiträge nicht zum ersten Mal. Unterscheidet sich die aktuelle Finanzierungsdebatte von der letzten?

Ja, wir haben heute eine ganz andere Situation. Die Universität ist viel besser im Baselbiet verankert. Ich spüre ein grosses Wohlwollen seitens der Politik. Natürlich gibt es immer wieder einzelne Stimmen, die fordern, dass der Univertrag gekündigt wird. Aber das gehört dazu. Die Signale, die ich aus Regierung und Parlament erhalte, sind: Wir müssen jetzt alle gemeinsam eine Lösung finden, auch mit unseren Partnern in Basel-Stadt.

Das Wohlwollen ist also da, man muss nun aber gemeinsam über die Zukunft diskutieren.

«Die Universität ist kein Unternehmen, in dem man Leistungen kurz auf- und abbauen kann.»

Exakt. Auch die Bauten sind ein grosses Thema. Die hohen Kosten liegen aber nicht daran, dass wir gerne unglaublich teuer bauen. Ein neues Gebäude, das auf der Höhe der Zeit sein muss, über moderne Labors verfügt und geltenden Sicherheitsstandards entspricht, weist nun mal einen gewissen Quadratmeterpreis auf. Sämtliche Vergleichsdaten, die uns vorliegen, ergeben weltweit ein ähnliches Bild, was die Kosten solcher Bauten angeht.

Weniger Geld von Bund und Kantonen, steigende Ausgaben für Einrichtungen: Ist die Rolle einer Uni-Rektorin heute vor allem die einer Finanzministerin?

(Lacht.) Wir haben mit Jürgen Rümmele einen wunderbaren Finanzdirektor im Rektorat, mit dem ich mich regelmässig austausche. Aber ganz ernsthaft: Wir müssen uns wirklich überlegen, wie wir aus dieser finanziellen Situation herausfinden. Nicht nur zum Wohl der Universität, sondern auch zum Wohl der beiden Trägerkantone und damit zum Wohl der ganzen Region.

Inwiefern für die Region?

Wir wissen, dass klassische Forschungsuniversitäten – wie wir eine sind – einen grossen Mehrwert für eine entsprechende Region schaffen. Dazu gibt es verschiedene Studien. Aber wir sind auch überzeugt, dass wir noch mehr machen müssen. Deshalb starteten wir 2017 eine Initiative zur Förderung von Innovationen und des Unternehmertums. Diese Initiative ist sehr erfolgreich: Seit 2019 haben wir nach Angaben unseres Innovation Office bereits 880 Millionen Franken und um die 500 Arbeitsplätze in die Region Basel bringen können – dank der Menschen, die wir an der Universität ausgebildet haben und ihrem Unternehmergeist. Dafür, dass wir immer noch erst am Anfang stehen, ist das eine ausserordentlich erfreuliche Zahl.

Muss sich eine Universität lohnen?

Als ich als Rektorin anfang, gab ich eine Studie in Auftrag, inwiefern das in eine Universität investierte Kapital wieder in die Region zurückfliesst. Das Resultat: Allein in dieser Region kommt dank unserer Universität jeder investierte Franken mit Faktor zwei bis drei wieder zurück. Fasst man den Rahmen grösser, beträgt der Faktor fünf bis sechs. Das



Uni-Rektorin Andrea Schenker-Wicki: «Nicht nur steckt das Baselbiet in finanziellen Schwierigkeiten»

deckt sich mit den Resultaten der Europäischen «League of Research Universities», die für ein grösseres Gebiet ebenfalls auf Faktor fünf bis sechs kommen. Die Universität muss sich also nicht nur lohnen, sie tut es auch.

Nun brechen aber auf allen Seiten gleichzeitig die finanziellen Mittel weg. Was tun Sie?

Wir sind derzeit in intensiven Diskussionen, unter anderem mit den zuständigen Kommissionen des eidgenössischen Parlaments, mit anderen Stakeholdern über die Rektorenkonferenz und natürlich mit unseren Trägern Basel-Stadt und Baselland. Es ist aber nicht ganz einfach. Die Hochschulfinanzierung steht aktuell in Konkurrenz mit steigenden Sicherheitsausgaben und steigenden Ausgaben für die Sozialversicherungen. Optimistisch stimmt mich, dass wir in der Schweiz über eine lange Tradition des Aushandelns verfügen. Am Schluss werden wir nicht verworfen, in keiner Art und Weise.

Können Sie einen Leistungsabbau an der Uni Basel ausschliessen?

Darüber möchte ich im Moment nicht spekulieren. Eine Universität ist kein Unternehmen, in dem man Leistungen kurz auf- und abbauen kann. Wenn ein Leistungsabbau wirklich zu Buche schlagen soll, dann müssten wir dort ansetzen, worin wir sehr gut sind: Medizin und Naturwissenschaften. Das ist auch unser teuerster Teil. Doch Einschnitte in diesen Bereichen können wir nicht verantworten, in keiner Art und Weise.

Warum nicht?

Das würde bedeuten, dass wir dem Standort Basel das entziehen, wovon die gesamte Region am wesentlichsten profitiert. Das gilt es zu verhindern.

Und in anderen Bereichen wie etwa den Geisteswissenschaften?

Dort sind wir bereits sehr schlank aufgestellt. Rund 75 Prozent unseres Budgets gehen in die Naturwissenschaften und in die Medizin. Die anderen Bereiche teilen sich den Rest und haben auch eine deutlich weniger aufwendige Infrastruktur. Müssten wir also dort abbauen, würde die Universität – mit Verlaub – kaum sparen, aber geistig verarmen. Wir sind eine Volluniversität und müssen als Hochschule in dieser komplexen Welt die Interdisziplinarität zwingend fördern, sonst verlieren wir am Schluss auch massgeblich an Attraktivität.

Kürzlich hat die Gewerkschaft VPOD zu einer Mittelbau-Reform aufgerufen. Doktorierende und Post-Docs hätten eine zu grosse Belastung bei zu geringer Bezahlung. Ein Symptom der finanziellen Probleme?

Nein, das hat mit der Finanzlage nichts zu tun. Zudem möchte ich betonen, dass wir im Gegensatz zu anderen Universitäten kein Prekariat haben. Das heisst, unsere Mindestpensen bei Anstellungen im Mittelbau betragen 60 Prozent.

Haben die Vorwürfe keine Substanz?

Ich will nicht sagen, dass es solche Vorkommnisse, die angeprangert werden, gar nicht gibt. Es kann in Einzelfällen sein, dass Professorinnen oder Professoren Dinge verlangen, wofür die Assistierenden nicht bezahlt sind, wie zum Beispiel eine allzu hohe Belastung durch die Lehre. Das wollen wir selbstverständlich nicht, und dafür gibt es klare Richtlinien und auch Ansprechpersonen, die sich in den Fakultäten und in der Zentrale um solche Fälle kümmern.

Während und nach dem Doktorat ist die Arbeitsrealität sehr hart.

Das ist richtig. Aber die Universität ist ein wettbewerbsorientiertes System.



wierigkeiten, auch der Bund lagert Gelder um und die anderen Kantone zahlen weniger für ihre Studierenden.»

Bild: Roland Schmid

Ich kann die Spitze nicht beliebig verbreitern. Auf dem akademischen Weg muss man systembedingt mehrere Stufen durchlaufen; das gehört dazu. Trotzdem geht es nicht, dass man die jungen Menschen zu Dingen verpflichtet, für die sie nicht bezahlt werden oder für die es keine Abmachungen gibt.

Also zuerst die bestehenden Mittel konsequent anwenden, statt gleich die grosse Reform anwerfen?

Wir werden sehen. Eine kostenneutrale Mittelbau-Reform durchzuführen, ist in dieser Form nicht möglich. Wir sind bereit für eine Reform, aber zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Umsetzung sehr schwierig. Selbstverständlich besprechen wir aber den Handlungsbedarf auch mit unseren Trägerschaften.

Stichwort «Konflikte»: Der Fachbereich Urban Studies an der Uni Basel hat mit Positionsbezügen im Israel-Palästina-Konflikt für Aufsehen gesorgt. Wo ziehen Sie als Rektorin die Grenze zwischen politischen Äusserungen und Wissenschaft?

Wir sind eine Wissenschaftsinstitution. Wissenschaft arbeitet faktenbasiert und damit evidenzbasiert. Wissenschaft bezieht Position, tut dies aber basierend auf Fakten, und sie ist immer offen für andere Argumente, Perspektiven und Meinungen, die in die Schlussfolgerungen einbezogen werden. Wenn das nicht mehr möglich ist – das ist die Grenze.

Ist es also nicht per se problematisch, dass sich Professoren oder Professorinnen in Meinungsbeiträgen äussern und Position beziehen? Nein, wenn er oder sie eine Analyse tätigt und sagt, aufgrund meiner Forschung bin ich zu diesem Schluss gekommen und selbstverständlich bin ich offen für den Dialog mit anderen Positionen, dann ist das kein Problem. Aber die Perspektive muss wissenschaftsba-

siert sein, wenn ich in meiner Funktion beziehungsweise mit der Professur auf trete. Will ich hingegen nur meine persönliche Meinung äussern, dann tue ich das ohne Berufung auf meine Position.

Das Konfliktpotenzial ist heute grundsätzlich hoch, nicht nur was Kriege angeht, sondern auch Cancel Culture oder Wokeismus.

Es ist leider so, wir haben Kriege. Da akzentuieren sich gewisse Dinge, in Schärfe ebenso wie in Kontroverse. Was das andere angeht: Diese Diskurse kommen grösstenteils aus den USA, wo die Situation aktuell eine ganz andere ist. Bei uns ist es im Vergleich ruhig. In Amerika hingegen ist es derzeit teilweise sehr unangenehm, da kamen zahlreiche Universitäten aufgrund solcher Konflikte in grosse Schwierigkeiten.

Die Struktur ist auch eine andere: In den USA sind die exponierten Hochschulen weitgehend privat finanziert, in der Schweiz werden sie von der öffentlichen Hand getragen. Sind wir da nachhaltiger? Wir haben in der Tat ein sehr nachhaltiges Finanzierungssystem für unsere Hochschulen. Gerade weil wir über drei

«Eine kostenneutrale Mittelbau-Reform durchzuführen, ist in dieser Form nicht möglich.»

Pfeiler verfügen statt nur über einen Hauptpfeiler, sind wir insgesamt resilienter.

Ihr Vorgänger war Antonio Loprieno, ein Ägyptologe, ihr Vorvorgänger Ulrich Gäbler ein Theologe. Sie sind Ökonomin. Erfolgte Ihre Wahl rückblickend zum richtigen Zeitpunkt mit dem richtigen Profil? Ja. Vorbehaltlos, ja.

Sie werden kommenden Jahr zehn Jahre als Rektorin an der Universität Basel tätig und damit die Dienstälteste unter all Ihren Vorgängern sein.

Es ist natürlich ein Privileg, so lange der Universität Basel vorstehen zu dürfen, und ich mache meine Arbeit ausserordentlich gerne.

Was hat sich in dieser Zeit an der Universität verändert?

Die Uni hat sich enorm entwickelt. Rückblickend sind es neben der Innovationsinitiative zwei weitere grosse Initiativen, auf die ich sehr stolz bin: Die Quantenforschung am Institut für Physik und die Forschung zur Antibiotikaresistenz am Biozentrum. Das sind beides grosse Programme vom Bund, für die wir viel Geld eingeworben haben, was bei einigen anderen Universitäten durchaus zu einem gewissen Neid führte. Dass ausgerechnet die kleine Universität Basel zum gleichen Zeitpunkt zwei solche strukturellen Projekte akquirieren konnte, ist schon spektakulär. Ich freue mich noch heute darüber!

Und Ihr persönlicher Ausblick?

Ich wurde vergangenes Jahr noch einmal für vier Jahre als Rektorin gewählt. Sofern ich gesund bleibe, möchte ich diese Amtszeit sehr gerne vollenden. Diese Aufgabe an dieser Universität ist, bei allen Herausforderungen, die schönste Aufgabe, die ich in meinem Leben jemals erhalten habe.